

In die Diskussion sind Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt Riedbahn und aus der Vorbereitung der kommenden Korridorsanierungen eingeflossen.



Deutsche Bahn/Oliver Lang

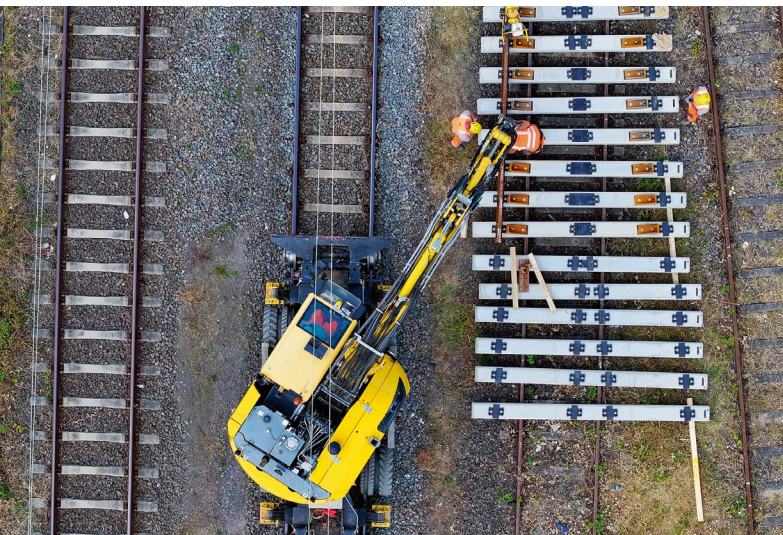
DB will Zeitplan verlängern

Für die Sanierung der maroden Infrastruktur hat die Bahn ein neues Konzept vorgelegt. Es sieht vor, die Bauarbeiten um ein weiteres Jahr zu verlängern – also bis 2036. Der Verband der Güterbahnen bewertet das positiv für den Umleitungsverkehr.

Wie die Deutsche Presse-Agentur (dpa) mitteilt, plant die Deutsche Bahn, die umfassende Sanierung besonders wichtiger Strecken um ein weiteres Jahr bis 2036 zu verlängern. Dies verkündete das Unternehmen nach einem Branchendialog. Die Modernisierung von mehr als 40 stark frequentierten und dringend sanierungsbedürftigen Strecken wird damit mindestens fünf Jahre länger dauern als ursprünglich vorgesehen. Die Bahn sieht die Generalsanierung der wichtigsten Schienenkorridore als zentrales Zukunftskonzept für die Infrastruktur. Bereits Ende Juni hatte der bundeseigene Konzern vorgeschlagen, die Baumaßnahmen um vier Jahre bis 2035 auszudehnen.

Vorteile in verlängerter Planung

Aus der Branche kamen positive Stimmen zum neuen Zeitplan. Der Verband der Güterbahnen hatte beim ursprünglichen Konzept Bedenken geäußert, etwa eine Überforderung bei Planung und Bau sowie unzumutbare Einschränkungen des laufenden Verkehrs. Die ersten Generalsanierungspläne sahen vor, den Güterverkehr auf weiten Strecken mit erheblichen Zeitverlusten umzuleiten. „Die vom Infrastrukturbetreiber vorgeschlagene Streckung des Programms bis 2036 bietet Chancen, die Projekte besser vorzubereiten“, erklärte Verbandsgeschäftsführer Peter Westenberger. Dabei steht unter anderem die sorgfältige Vorbereitung der Umleitungsstrecken im Fokus, die während der



Deutsche Bahn/Oliver Lang

Die endgültige Entscheidung über die zeitliche Reihung für die weiteren Korridorsanierungen bis 2036 trifft der Bund.

Sanierungen deutlich mehr Verkehr aufnehmen müssen als im normalen Betrieb. Über die zeitliche Reihenfolge der Korridorsanierungen bis 2036 entscheidet letztlich der Bund.

Diese Korridore sind betroffen

Die Deutsche Bahn erklärte, dass für die Jahre 2026 und 2027 wegen der bereits weit fortgeschrittenen Bau- und Fahrplanplanungen an der ursprünglich geplanten Reihenfolge der Projekte festgehalten wird.

Für 2026 sind nun Generalsanierungen auf folgenden Strecken vorgesehen:

- » Hagen-Wuppertal-Köln
- » Nürnberg-Regensburg
- » Obertraubling-Passau
- » Troisdorf-Wiesbaden

2027 sollen diese Korridore gebündelt erneuert und modernisiert werden:

- » Rosenheim-Salzburg
- » Lehrte-Berlin
- » Bremerhaven-Bremen
- » Fulda-Hanau

Ab 2028 gilt ein neuer Zeitplan für weitere Korridore

Den Angaben zufolge werden die Korridorsanierungen zwischen Lübeck und Hamburg sowie Frankfurt und Heidelberg in die späteren Jahre verschoben. Für 2028 plant die Bahn eigenen Angaben zufolge die Sanierung folgender Korridore:

- » Köln-Mainz
- » München-Rosenheim
- » Hagen-Unna-Hamm
- » Lübeck-Hamburg

Finanzierung dennoch offen

Die Bundesregierung hat der Deutschen Bahn zusätzliche finanzielle Mittel für die Sanierung der Strecken zugesagt.

Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) kündigte Investitionen von insgesamt 107 Milliarden Euro in die Schieneninfrastruktur bis zum Jahr 2029 an. Ein großer Teil dieser Gelder soll aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz stammen.

Trotzdem sieht Bahnchef Richard Lutz weiterhin eine milliardenschwere Finanzierungslücke. Schnieder erklärte, bis zum Spätsommer eine Strategie für die zukünftige Ausrichtung der Bahn entwickeln zu wollen. Im Anschluss daran will er sich auch mit Personalfragen befassen, unter anderem mit der Frage, ob und wie es für Lutz weitergeht. Ziel sei eine leistungsfähige und gut aufgestellte Bahn, die pünktlich, zuverlässig und umweltfreundlich arbeitet.

Kritik vom Bundesgerichtshof

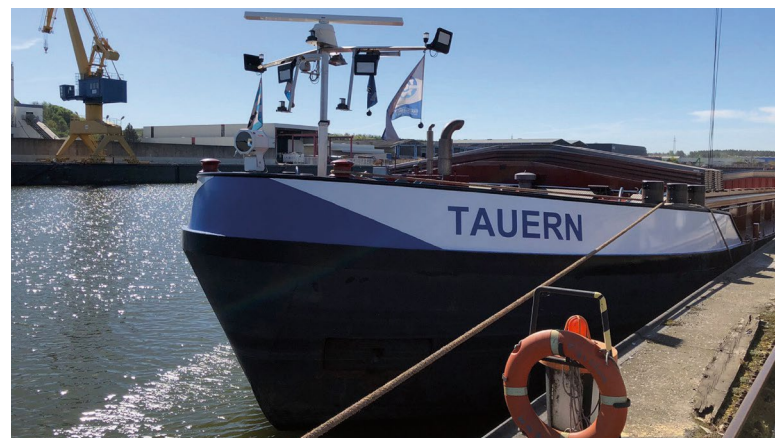
Der Bundesrechnungshof hat erneut den Umgang des Bundes mit der Deutschen Bahn kritisiert. In einem Bericht an den Haushaltsausschuss des Bundestags, der der dpa vorliegt, heißt es: „Der Bund muss die grundlegenden Probleme endlich systematisch und ganzheitlich angehen.“ Demnach werde die Krise nicht allein durch immer höhere finanzielle Mittel gelöst. Eine Zerschlagung des Konzerns und damit eine Trennung von Netz und Betrieb wird in dem Bericht zwar nicht ausdrücklich gefordert, die bestehende Struktur wird jedoch deutlich kritisiert.

Sonja Paulus-Gartmeier

Anzeige

Wir versetzen Berge.

Du kannst das auch. Komm jetzt zu uns.



GUT. GÜTER. MSG.



www.msgeg.de

